

DStGB DOKUMENTATION N° 77

Politik für die Ländlichen Räume!



DStGB

Deutscher Städte-
und Gemeindebund
www.dstgb.de

Vorwort



Dr. Gerd Landsberg
Hauptgeschäftsführer

Das Thema „Ländlicher Raum“ wird verstärkt auf der Bundesebene, aber auch auf der Europäischen Ebene verankert. **Bei der jüngst abgehaltenen Internationalen Grünen Woche 2008 in Berlin hat immerhin mit Horst Seehofer erstmals ein Bundesminister den ländlichen Raum ausdrücklich als Chefsache bezeichnet.** Auch die Konferenzreihe „Zukunft ländlicher Räume“ geht unter anderem auf unsere Aktivitäten gegenüber dem Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz gemeinsam mit dem Bayerischen Gemeindetag zurück.

Mehr noch hat Minister Seehofer auf der Grünen Woche sehr deutlich den Grundsatz der Subsidiarität betont. Weil ländliche Räume sehr unterschiedlich sind und auch die Möglichkeiten vor Ort am besten ausgelotet werden können, hat er sich dafür ausgesprochen, die Fördermittel stärker in die Verfügungsgewalt der Kommunen zu stellen. Allgemeine Vorgaben sind zumeist wenig hilfreich und produzieren nur weitere Bürokratie. Seit der IGW liegt auch die „Konzeption zur Weiterentwicklung der Politik für ländliche Räume“ des BMELV vor. Sie enthält die wesentlichen Zielaussagen des Ministeriums, ressortübergreifende Handlungsfelder und Initiativen des BMELV. Wir werden nun prüfen können, ob die Ziele erreicht werden, oder ob es bei der Beschreibung der notwendigen Handlungsfelder bleibt.

Im Deutschen Bundestag haben die Regierungsfraktionen einen gemeinsamen Antrag „Unsere Verantwortung für die ländlichen Räume“ eingebracht und damit langjährige Forderungen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes aufgegriffen. Die Ländlichen Räume brauchen eine Ressort übergreifende Koordinierungsstelle in der Bundesregierung!

Nicht zuletzt wegen dieser aktuellen Entwicklungen haben wir zur Debatte um die Zukunft ländlicher Räume in dieser Dokumentation aktuelle Materialien und Informationen zusammengestellt.

Berlin, Februar 2008

Ihr

Dr. Gerd Landsberg

Inhaltsübersicht

I. Internationale Grüne Woche 2008: BMELV übernimmt Position des DStGB	
Ein deutliches Bekenntnis für die ländliche Entwicklung	2
Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist die Basis der Politik für ländliche Räume	2
Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“	3
Der Ländliche Raum ist Zukunft! Rede von Dr. Gerd Landsberg zum Zukunftsforum ländliche Entwicklung auf der Internationalen Grünen Woche 2008	3
Deutschland besteht nicht nur aus Metropolen Rede von Horst Seehofer zum Zukunftsforum ländliche Entwicklung auf der Internationalen Grünen Woche 2008	3
II. Regierungsfractionen bekennen sich zu Ländlichen Räumen	
1. Nationale Strategie zur Förderung und Entwicklung ländlicher Räume unter Einbindung der kommunalen Spitzenverbände	11
Kernpunkte der politischen Forderungen	11
2. Dokumentation: Antrag an den Deutschen Bundestag: Unsere Verantwortung für die Ländlichen Räume!	12
III. Für den Aufschwung der Regionen	
Wachstum und Arbeitsplätze in der Fläche – Stärkung der Gemeinden und Mittelstädte unverzichtbar	16
Beschluss des DStGB-Präsidiums vom Februar 2007	16
IV. Linkhinweise zum ländlichen Raum	19

Autoren:

Beigeordneter Uwe Zimmermann, DStGB
Referatsleiter Carsten Hansen, DStGB

I. Internationale Grüne Woche 2008: BMELV übernimmt Position des DStGB

Aus Anlass der Internationalen Grünen Woche 2008 hat der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Horst Seehofer, das „Zukunftsforum ländliche Räume“ eingeführt. Mit dem Forum sollte die Diskussionsreihe zu ländlichen Räumen, die das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) im letzten Jahr durchgeführt hat, abgeschlossen und in einen breiten Dialog der beteiligten Akteure überführt werden. Beim ersten Zukunftsforum ländliche Räume 2008 wurden die Ergebnisse der Konferenzreihe aus dem Jahr 2007 von Minister Horst Seehofer selbst vorgestellt und in einer hochrangigen Podiumsdiskussion diskutiert. Besonders erfreulich ist, dass der Präsidiumsbeschluss des DStGB vom Oktober 2007 zur Position des BMELV geworden ist.



Horst Seehofer, Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, spricht auf der ersten Internationalen Agrarministerkonferenz, die im Rahmen der Internationalen Grünen Woche 2008 in Berlin stattfand

Ein deutliches Bekenntnis für die ländliche Entwicklung

Minister Seehofer würdigt die wirtschaftlichen Leistungen der ländlichen Räume außerhalb der Landwirtschaft, indem er feststellte, dass 60 Prozent aller Jobs in den ländlichen Räumen angesiedelt sind und dass 57 Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung außerhalb der Ballungszentren erbracht werden. Er verbindet diese Erkenntnis mit der Ankündigung, dass sich das Ministerium für maßge-

schneiderte Lösungen der Regionen einsetzen wird und dass hierzu als Basis eine tragfähige soziale und technische Infrastruktur gehört. Als besonders deutliches Bekenntnis zum ländlichen Raum ist die Aussage zu werten, dass insbesondere der Erhalt schulischer Infrastruktur einem kurzfristigen Kostendeckungsdenken vorgehen muss, um die Sogwirkung weiterer Zentralisierung als Folge des demographischen Wandels aufzuheben.

Das BMELV hat zum Abschluss der Konferenzreihe und zum Auftakt des Zukunftsforums Entwicklung ländlicher Räume angekündigt, dass es sich nicht nur mit der Rolle des „Fürsprechers“ für ländliche Räume zufrieden gibt, sondern dass es aktiv darauf hinwirkt, dass zukünftig verstärkt ressortübergreifend bei der Entwicklung der ländlichen Räume zusammengearbeitet wird. Der Minister hat dies soweit konkretisiert, dass er die Verantwortung für die Koordinierung im Kabinett übernimmt.

Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist die Basis der Politik für ländliche Räume

Das Ziel, die unterschiedlichen Entwicklungspotenziale ländlicher Räume als Lebens- und Wirtschaftsräume zu erhalten, wird auf der Grundlage der Partnerschaft von städtischen und ländlichen Räumen angestrebt. Der Minister bekennt sich zu der Konsequenz, dass die Menschen sowohl in Großstädten als auch in ländlichen Räumen die gleichen Lebensverhältnisse vorfinden müssen. Er konkretisiert weiter, dass jede Region, ob urban oder ländlich, über die Infrastruktur verfügen muss, die die Menschen an der Entwicklung der Gesamtgesellschaft teilhaben lässt. Dies beinhaltet den Willen, durch zusätzliche Investitionen die Selbstgestaltungskräfte der Kommunen zu mobilisieren. Zur Maxime des BMELV für die Politik der ländlichen Entwicklung hat der Minister die drei Punkte erklärt:

- Gleichwertigkeit der Teilregionen,
- mehr Subsidiarität und
- Stärkung der Autonomie ländlicher Räume durch dezentrale Lösungen.

Er hat sich in diesem Zusammenhang dafür ausgesprochen, Fördermittel stärker in die Verfügungsgewalt der Kommunen zu stellen.

Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“

Der Minister hat neben der schon dargestellten politischen Unterstützung der Investitionen auf kommunaler Ebene in anderen Politikbereichen, auch die Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“ dargestellt. Diese Weiterentwicklung zu einer „Gemeinschaftsaufgabe für ländliche Räume“ hatten wir eingefordert und insbesondere am Beispiel des leistungsfähigen Internets konkretisiert. Nunmehr wird die Gemeinschaftsaufgabe um die Förderung einer flächendeckenden Breitbandversorgung ergänzt. Damit wird es möglich, die soziale und technische Infrastruktur ländlicher Räume erheblich zu verbessern. Ergänzend werden auch Möglichkeiten der regionalen Energieverwendung gefördert. Dies findet seinen Ausdruck in der Förderung von Nahenergienetzen, die es ermöglichen, den Abfluss von Wertschöpfung in andere Regionen zu stoppen.

Mit den vorgenannten Aussagen übernimmt das BMELV vollständig die Positionierung des Präsidiumsbeschlusses des DStGB vom 25. Februar 2007. In weiteren Begleitveranstaltungen im Zukunftsforum ländliche Räume haben wir unsere Forderung nach stärkerer Autonomie bei der Forderung Ausdruck verliehen. Hierzu zählt insbesondere die Forderung nach regionalen Globalbudgets. Durch die pauschalierte Globalzuweisung von Fördermitteln, die von den Regionen autonom verwendet werden können, werden diese zu einer stärkeren interkommunalen Kooperation ermutigt. Die Einräumung der Verwendungsmöglichkeit regionaler Budgets, unabhängig von vorgegebenen Landesprogrammen, ermöglicht die Nutzung des kreativen Potenzials der Regionen. Die Einführung derartiger Regionalbudgets als zusätzliches Förderinstrument für ländliche Räume wurde ebenfalls vom BMELV im Zukunftsforum ländliche Entwicklung angekündigt.

Die Internationale Grüne Woche 2008 und das erste „Zukunftsforum ländliche Räume“ ist ein großer Erfolg. Das BMELV hat sich nunmehr öffentlich so stark zur Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“ sowie zur Koordinierungsrolle für die ressortübergreifende Entwicklung ländlicher Räume und die Schaffung neuer Entwicklungsinstrumente eingesetzt, dass die zukünftigen Schritte zur Erreichung des Ziels überprüfbar werden.

Bisher war die Entwicklung ländlicher Räume stets an die Entwicklung der Landwirtschaft geknüpft und mit der notwendigen Schaffung eines besseren Umfeldes für landwirtschaftliche Betätigung begründet worden. Jetzt hat das BMELV bei der Begründung der Politik für ländliche Entwicklung den Schritt, weg von der ursächlich landwirtschaftlichen Begründung, gewagt. Landwirtschaft und ländliche Entwicklung sind miteinander verbunden, jedoch besteht keine zwingende kausale Begründung mehr. Vielmehr wird die Landwirtschaft als ein wichtiger Teilbereich der ländlichen Entwicklung angesehen und als solche gefördert.

Rede von Dr. Gerd Landsberg zum Zukunftsforum Ländliche Entwicklung auf der Internationalen Grünen Woche 2008

Der Ländliche Raum ist Zukunft!

Die Entwicklung ländlicher Räume gehört ganz nach oben auf die Agenda, im Bund, in den Ländern und auch nicht zuletzt in der Europäischen Union!

Der Ländliche Raum war erst kürzlich Thema im Deutschen Bundestag, in seiner umfassenden Komplexität. Das begrüßen wir sehr. Die Bedeutung der ländlichen Räume muss öffentlich diskutiert und thematisiert werden.

Es kann und darf, sehr geehrter Herr Bundesminister, meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht darum gehen, eine Politik gegen die Großstädte und Ballungsgebiete zu machen.

Aber es muss darum gehen, eine Politik für die ländlichen Räume zu machen. Diese werden leider noch viel zu oft stiefmütterlich behandelt oder sogar belächelt. Dabei leben über 70 Prozent der Menschen in Deutschland eben nicht in Großstädten, sondern in den Mittelstädten und ländlichen Gebieten. Dort findet die überragende volkswirtschaftliche Wertschöpfung statt, dort hat der Mittelstand und der Arbeitsmarkt sein Rückgrat und seine Basis. Und der Mittelstand hat in seiner Gesamtheit für Deutschland eine größere ökonomische Bedeutung, wie die Großindustrie.

Dazu noch einige Zahlen:

Fast 23 Millionen Arbeitsplätze mit 60 Prozent aller Jobs sind in den ländlichen Regionen angesiedelt.



Alleine mit dem Tourismus sind rund 1,2 Millionen Arbeitsplätze im ländlichen Raum verbunden.

Vieles ist für die ländlichen Räume schon getan und geschafft worden, aber noch viel mehr bleibt zu tun. Es muss hinterfragt werden, ob es auch zukünftig sinnvoll ist, bisherige traditionelle Förderungen in den ländlichen Räumen so fortzuführen.

Die Förderung der Landwirtschaft darf nicht mit der Förderung ländlicher Räume gleichgesetzt werden. Dies geschieht noch immer zu häufig. Gerade in der Förderpolitik der EU und dort in der sogenannten 2. Säule der Agrarpolitik, bestehen Möglichkeiten, Unternehmen und Arbeitsplätze zu fördern, die nicht zur Landwirtschaft gehören. Diese Möglichkeiten werden in Deutschland nicht genügend wahrgenommen. Zu vieles bei der Förderung ländlicher Gebiete ist bei genauerer Betrachtung eher eine Form der Agrarsubventionierung.

Um eines hier direkt klar zu stellen: Der Städte- und Gemeinbund bestreitet unter keinem Gesichtspunkt die Notwendigkeit und den Wert der Förderung und des Erhalts der Agrar- und Forstwirtschaft. Es ist für die Volkswirtschaften und Völker Europas ein Gut von unschätzbarem Wert, sich selbst und unabhängig von der internationalen Situation mit den lebensnotwendigen Nahrungsmitteln versorgen zu können. Zudem leisten Agrar- und Forstwirtschaft unverzichtbare Beiträge zum Erhalt und Ausbau der Kulturlandschaften.

Für die Zukunft ländlicher Gebiete aber ist der Fokus der Agrarwirtschaft alleine nicht nachhaltig genug. Daher ist es richtig und wichtig, dass Fragen der Entwicklung ländlicher Räume nicht nur in einem Ministerium diskutiert werden, sondern über das BMELV hinaus zum Beispiel auch im BMWi oder im BMVBS. Die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen ist ein Auftrag unserer Verfassung. Dieser muss interdisziplinär in allen Ressorts gleichermaßen Ernst genommen und umgesetzt werden.

Ländliche Entwicklung bezieht sich auf alle wirtschaftlichen Sektoren

Die Ländliche Entwicklung muss sich von der Landwirtschaftsentwicklung emanzipieren. Die Landwirtschaft hat eine wirtschaftliche Bedeutung, sie ist Teil des kulturellen Selbstverständnisses in den Regionen und auch von Bedeutung für weiterverarbeitende Industrien im Lebensmittelbereich.

Die Landwirtschaft alleine aber ist überfordert mit der Rolle des Entwicklungsmotors der ländlichen

Räume. Ländliche Entwicklung ist die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in ländlichen Räumen insgesamt. Sie bezieht sich auf alle für die Entwicklung maßgeblichen Faktoren. Von der Kinderbetreuung und örtliche Bildungsangebote über die Frage der Standortbedingungen mittelständischer Unternehmen bis zur Wohnflächenentwicklung und dem verkehrlichen und sozialen Infrastrukturangebot.

Herausforderungen beziehen sich auf Stadt und Land

Die wesentlichen Herausforderungen für die ländlichen Räume sind die gleichen wie für alle anderen Räume. Allerdings unterscheiden sich die Antworten und die Rahmenbedingungen, um mit den Herausforderungen fertig zu werden. Aus meiner Sicht sind die vier bedeutendsten:

Demographischer Wandel

Es werden zu wenige Kinder geboren und einige Räume haben erhebliche Abwanderung zu verzeichnen. Zumindest die Wanderungsbewegung in die Städte ist nicht neu, aber es gibt auch die Wanderung aus den Städten in das Umland.

Aber anders als in Städten wird sich das Problem des Bevölkerungswandels in ländlichen Räumen noch weniger über einen Wanderungssaldo relativiert werden. Wir müssen deshalb die Lebensbedingungen für Familien attraktiv gestalten. Das heißt konkret: die Angebote vorhalten, auf die Familien angewiesen sind. Die Grundschule muss zum Beispiel im Dorf bleiben!

Internetzugang ist Basisinfrastruktur

Das Internet ist die kommende Basisinfrastruktur unserer Gesellschaft. Der Zugang zum Internet wird so unverzichtbar, wie heute der Zugang zum öffentlichen Straßennetz ist, um seine Brötchen zu holen. Wir haben die Anstrengungen der Bundesregierung auf Initiative von Bundesminister Seehofer zum Ausbau der Breitbandtechnologie begrüßt. Er hat sich in diesem Punkt zu einer Modernisierung des gesamten ländlichen Raumes bekannt.

Aber auch hier gilt, dass es noch erheblicher weiterer Anstrengungen bedarf. Die Bereitstellung von zehn Millionen Euro im Bundeshaushalt pro Jahr kann nur ein Anfang sein.

Zum Vergleich: Im Oktober 2007 wurde die Autobahn 66 zwischen Schlüchtern und Flieden in Hessen dem Verkehr übergeben. Hier wurden pro

Kilometer zehn Millionen Euro investiert! Ich will damit nicht Autobahn gegen Internet aufrechnen, sondern die Dimensionen verdeutlichen.

Klimawandel und Energie

Die Rolle der Agrarwirtschaft selbst wird sich zudem wandeln. Innovationen werden auch hier kommen müssen und kommen. Ich möchte als Beispiel den Anbau von nachwachsenden Rohstoffen als Energieträgern ansprechen. Die Herausforderungen des Klimawandels werden dieses Thema in Zukunft enorm nach vorne bringen. Die Entwicklung dieser Agrarprodukte muss zudem Hand in Hand gehen mit der Förderung des Mittelstandes und der Industrien, die diese neuen Energieträger für uns möglichst optimal einsetzbar werden lassen. **Mittelstand und Landwirtschaft können so in unseren Regionen gemeinsam wahre Innovationstreiber werden!**

Kommunen unverzichtbare Partner im ländlichen Raum

Ohne lebenswerte Städte, Gemeinden und Dörfer wird der ländliche Raum keine Zukunft haben. Das muss die Politik bei ihren Förderansätzen zielgenau berücksichtigen. Die Bürgermeister und die Kommunen vor Ort wissen am Besten „Wo der Schuh beim Bürger drückt“. Und welches Potenzial gefördert werden muss, damit Arbeitsplätze entstehen, das Lebensumfeld der Menschen sich verbessert und die Attraktivität der Region steigt.

Gerade die Modellprojekte „Regionen aktiv“ haben gezeigt, welch großes Innovationspotential vor allem durch die Kommunen in den ländlichen Raum getragen werden können. Die Schlussfolgerung daraus lautet: Förderpolitik muss die Entscheider vor Ort in die Lage versetzen, eigene zukunftsweisende Projekte umzusetzen. Dazu müssen die Kommunen über Mittel verfügen, die sie nach eigenem regionalem Entschluss verwenden können, auch wenn die Landesprogramme das nicht vorsehen. Das Stichwort lautet regionale Globalbudgets.

Ich bin sicher, meine Damen und Herren, Deutschland braucht den Ländlichen Raum, denn ohne diesen werden wir keine Zukunft haben.

Deutschland besteht nicht nur aus Metropolen

Rede von Horst Seehofer zum Zukunftsforum ländliche Entwicklung auf der Internationalen Grünen Woche 2008

Einleitung

Als ich vor knapp eineinhalb Jahren auf unserem Bundeskongress „Ländliche Räume“ den Startschuss für die breit angelegte Kongressreihe „Zukunft ländlicher Räume“ gegeben habe, standen noch Fragen und Problembeschreibungen im Vordergrund. Die ländlichen Räume waren im Zuge der Globalisierung und der Fokussierung auf Metropolen zunehmend aus dem politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Blickfeld geraten. Heute beenden wir die Kongressreihe – aber natürlich nicht unser Engagement für den ländlichen Raum – und heute stehen – dank eines intensiven Austauschs mit Bauern, Verbänden, kommunalen Entscheidungsträgern und der Lebensmittelindustrie – Antworten, Erfolgsmeldungen und Zukunftsvisionen im Vordergrund.

Bedeutung der ländlichen Räume

Uns ist es gelungen, die ländlichen Räume wieder ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit und in den Blickpunkt der politischen Wahrnehmung zu rücken. Und das zu Recht: Deutschland besteht nicht nur aus Metropolen, im Gegenteil, mehr als 75 Prozent der Gemeinden haben weniger als 5 000 Einwohner und etwa 70 Prozent der Menschen leben außerhalb von Großstädten. Der ländliche Raum ist mit seinen fast 23 Millionen Arbeitsplätzen ein bedeutender Wirtschaftsstandort. 60 Prozent aller Jobs sind dort angesiedelt. Über die Hälfte der Ausbildungsplätze in Deutschland werden von Unternehmen, Betrieben und Verwaltungen in der Fläche bereitgestellt. Die Gebiete außerhalb der Ballungszentren erbringen 57 Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung und tragen daher erheblich zur wirtschaftlichen Entwicklung in unserem Land bei. Neben harten Wirtschaftsfakten besitzt der ländliche Raum vielfältige und wichtige Werte. Denn er ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Identität. Die Menschen auf dem Land sind zu recht stolz auf ihre Heimat. Gerade auf dem Land kann man sehen,



was die eigene Familie über Generationen hinweg aufgebaut hat. Hier werden Traditionen gepflegt und feste Fundamente in bewegten Zeiten geboten. In Zeiten von Internationalisierung gewinnt die Bindung an Regionen und Herkunft wieder an Bedeutung. Der ländliche Raum hat daher eine wichtige und unverzichtbare Funktion – nicht nur als Standort, sondern auch als Heimat!

Ländliche Räume prägen in ihrer Vielfältigkeit Kultur, und zwar

- **Landschaftlich:** Ohne den ländlichen Raum würde Deutschland seinen Charakter mit seinen regionalen Besonderheiten verlieren.
- **Nachhaltig:** Hier werden die natürlichen Lebensräume erhalten. Tiere und Pflanzen können sich in ihrer Vielfalt entfalten.
- **Wirtschaftlich:** Im ländlichen Raum entsteht eine neue Kultur des Erfolgs. In Kombination aus Tradition und neuen Ideen entstehen zukunftsweisende Anwendungsmöglichkeiten, Produkte und Techniken.
- **Touristisch:** Ländliche Räume bieten den Menschen Rückzugsmöglichkeiten und Erholung. In Gottes schöner Natur können wir neue Kräfte sammeln. Auf dem Land kann jeder die Seele baumeln lassen.
- **Kulinarisch:** Der französische Philosoph und Gastronom Brillat-Savarin hat bereits im 19. Jahrhundert die regionale Küche als „Teppich, auf dem die Haute Cuisine einerschreitet“ bezeichnet. Den Beweis hierfür liefern die Sage und Schreibe 100 000 verschiedenen regionalen Spezialitäten, die hier auf der Grünen Woche angeboten werden. Ich selbst konnte mich auf meinem dreistündigen Rundgang durch die Ausstellungshallen von der Spezialitäten-Vielfalt ländlicher Regionen auf der ganzen Welt überzeugen.

Ländliche Räume sind im wahrsten Sinne des Wortes „Lebensräume“.

Sie sind die Seele unseres Landes und bedürfen daher unser aller Unterstützung.

Ländliche Räume erleben derzeit eine Renaissance hinsichtlich Lebensqualität, wirtschaftlichem Wachstum und intakter Umwelt. Dieses Potenzial gilt es zu entwickeln und zu fördern. Mit der Wiederentdeckung des Ländlichen Raumes ist ein erster wichtiger Schritt getan, weitere müssen folgen.

Wir müssen die positive Stimmung nutzen, ohne die Augen vor dem andauernden Strukturwandel in

den ländlichen Räumen zu verschließen. Wir können sagen: Viel getan, noch viel zu tun.

Aus diesem Grund ist die Abschlusskonferenz gleichzeitig Auftaktveranstaltung des „Zukunftsforum ländliche Entwicklung“, das künftig alljährlich auf der Grünen Woche stattfinden wird mit dem Ziel, alle Beteiligten an einen Tisch zu holen und die Ansätze weiter zu entwickeln.

Ausgangspunkte

Ländliche Räume befinden sich im Umbruch

Ländliche Räume stehen nach wie vor in einem anhaltenden Strukturwandel. Europäisierung und Welthandel fordern die Wettbewerbsfähigkeit der ländlichen Räume in hohem Maße heraus. Gebraucht werden neue Ideen, neue Produktionsformen, neue Wege der Vermarktung. Die wirtschaftliche und soziale Situation und die Entwicklung ländlicher Räume in Deutschland sind höchst unterschiedlich:

Auf der einen Seite haben wir ländliche Räume, die mit zu den wachstumsstärksten Gebieten Deutschlands gehören und eine hohe positive Entwicklungsdynamik für die Zukunft erkennen lassen. Auf der anderen Seite des Entwicklungsspektrums ländlicher Räume haben ganze Regionen schon heute große wirtschaftliche und soziale Probleme. Unser Königsweg lautet: Maßgeschneiderte Lösungen für jede Region.

Das Schicksal einer Region hängt vor allem von der Wirtschaftskraft ab. Deswegen kann man der Landwirtschaft nicht genug Bedeutung für den ländlichen Raum beimessen. Für mich ist die Landwirtschaft ein Kernelement für die Zukunftsfähigkeit im Ländlichen Raum. Ihre Investitionen garantieren Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft und sichern die Kulturlandschaft. Den ländlichen Räumen geht es besser, weil unsere Landwirtschaft auf einem stabilen Fundament steht:

- Deutschland gehört zu den größten Agrarproduzenten in der EU. Hier wird die meiste Milch gemolken und werden die meisten Schweine gehalten.
- Ein Landwirt erzeugt im Jahr Nahrungsmittel, um 140 Menschen zu ernähren (1950 waren es zehn Menschen).
- Deutsche Agrarexporte haben sich im Vergleich zu 1990 mehr als verdoppelt, gegenüber 1980 sogar vervierfacht. Im Weltagrarhandel stehen wir bei den Exporten auf Rang vier.

■ Die Landwirtschaft ist eben eine Branche, mit der man gern Geschäfte macht.

Ich sage es ausdrücklich: Unsere Landwirtschaft zählt zu den wettbewerbsfähigsten Branchen im Lande. Warum? Weil sie den Strukturwandel als Chance begriffen hat. Wirtschaftliche Erneuerung, multifunktionale Landwirtschaft und „zweite grüne Revolution“ haben den Landwirt zum Multitalent, zum „Global Player“ werden lassen. Ein wahrer Evolutionssprung hat sich da in den letzten Jahren vollzogen!

Das ganze Land kann sehen, wie tüchtig unsere Bauern sind!

Unsere Landwirte sind als Bewahrer des ländlichen Raums vielerorts „Dienstleister“ der Gesellschaft:

- als Produzenten von qualitativ hochwertigen und sicheren Lebensmitteln,
- als Landschaftspfleger Gestalter des Lebensraums und
- als Energieproduzenten leisten sie einen Beitrag für die Grundlagen unsers heutigen modernen Lebens.

Daher ist Landwirtschaftspolitik immer auch Gesellschaftspolitik. Ländlicher Raum ist nicht nur Landwirtschaft, aber ohne Land- und Forstwirtschaft ist ländlicher Raum nichts. Der Demografische Wandel trifft ländliche Räume schneller und härter

Die Bewältigung des demografischen Wandels ist neben dem Klimawandel die zentrale Herausforderung für Politik und Gesellschaft. Dass das Thema auch in der Bevölkerung „angekommen“ ist, zeigt nicht zuletzt die Resonanz, die Fernsehsendungen und Bücher zu diesem Thema finden.

Die Geburtenzahlen befinden sich seit Jahrzehnten im freien Fall, auch in den ländlichen Regionen sinkt die Zahl der Kinder kontinuierlich. Selbst der ländliche Kreis mit der höchsten Geburtenziffer, der Kreis Cloppenburg, ist allmählich auf Schrumpfungskurs und liegt mit einer Geburtenrate von 1,9 Kindern unter dem so genannten „Reproduktionsniveau“. Die schwerwiegenden Folgen sind uns allen bekannt. Ich möchte nur ein Beispiel herausheben: Die Schülerzahlen werden in den kommenden 15 Jahren in Deutschland insgesamt voraussichtlich um bis zu 40 bis 60 Prozent – und bei Berufsschulen sogar um bis zu 70 Prozent – zurückgehen. Wer glaubt, eine Schule aus Kostengründen stilllegen zu müssen, wird damit nur eines erreichen, die Eltern werden näher zu den verbleibenden Schulen ziehen, der

ländliche Raum stirbt aus. Ein Teufelskreis, der auf nahezu alle Kapitulationsmaßnahmen zutrifft, sei es die Schließung von Bildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen, sei es die Zahlung von Wegzugprämien, sei es die Einstellung des Personennahverkehrs und so weiter und so fort. Der große Dichter der Aufklärung, Lessing, hat gesagt: Nur die Sache ist verloren, die man selbst aufgibt. Wir müssen vermeiden, dass es eine weitere Sogwirkung hin zu den Städten gibt. Wir müssen der Abwanderung durch Investitionen entgegenwirken und die Selbstgestaltungskräfte der Kommunen mobilisieren.

So bitter es ist. Wo Kinder fehlen, werden Kosten gespart. Das Deutsche Jugendinstitut hat in einer kürzlich vorgelegten Studie errechnet, dass es im Jahre 2010 nochmals 15 Prozent weniger Kinder in Deutschland geben wird und damit allein bei der Kindertagesbetreuung für Vorschulkinder zu Minderausgaben von bis zu 3,6 Milliarden kommen wird. Laut einer Studie werden die Bundesländer bis zum Jahr 2020 im Bildungssystem dabei 80 Milliarden Euro einsparen. Diese so genannte „Demografische Rendite“ muss in den Kommunen bleiben und für eine nachhaltige Bildungs- und Familienpolitik eingesetzt werden.

Die ländlichen Räume sind im wahrsten Sinne des Wortes „lebenswichtige“ Produktionsstandorte – hier ist unsere Zukunft zuhause.

Handlungsfelder

Der beste Weg, die Zukunft zu bewältigen, ist, sie zu gestalten.

Zielbestimmung

Unser Ziel ist es, die ländlichen Räume unter Berücksichtigung ihrer unterschiedlichen Entwicklungspotenziale als Lebens- und Wirtschaftsräume zu erhalten und zu entwickeln. Wir wollen starke ländliche Räume, mit einer prosperierenden Landwirtschaft als Rückgrat, mit einer dynamischen Entwicklung, gepflegten Kulturlandschaften und neuer Lebensqualität, vor allem auch für Familien und junge Menschen.

Partnerschaft und Gleichwertigkeit

Wie können wir dieses Ziel erreichen? Die Antwort lautet: nur im Miteinander von Stadt und Land. Wer mich kennt, weiß dass ich ein großer Verfechter des Partnerschaftsgedankens bin. Gleich zu Beginn meines Amtsantrittes habe ich dem Gegeneinander-Ausspielen von „Konventionell“ gegen „Öko“ der vorherigen Landwirtschaftspolitik ein Ende bereitet.

Auch bei der Gestaltung der Zukunft ländlicher Räume müssen wir diese Politik des Miteinanders fortsetzen. Mittelalterliche Stadtmauern haben heute nur noch historische Bedeutung, die Zeiten des Abschottens sind vorbei. Jetzt müssen wir auch die gedanklichen Mauern zwischen Stadt und Land einreißen, die oftmals in den öffentlichen Diskussionen sichtbar sind. Wir brauchen beides, die Infrastruktur der Großstädte und die Vielfalt und Produktivität in ländlichen Räumen.

Der Grundsatz „Stadt und Land, Hand in Hand“ bringt dies nach wie vor auf den Punkt. Für die Menschen in Stadt und Land heißt das aber auch in der Konsequenz, dass sie gleiche Lebensverhältnisse vorfinden müssen. So steht es schon in unserem Grundgesetz. Jede Region, ob urban oder ländlich, muss über die Infrastruktur verfügen, die den Menschen an der Entwicklung der Gesamtgesellschaft teilhaben lässt. Wir brauchen deshalb eine sinnvolle Raumordnungspolitik, die auch periphere Gebiete mit einbezieht, statt sie in Einzelfall ihrem Schicksal zu überlassen. Zum Standort Deutschland gehören die ländlichen Räume gleichberechtigt dazu.

Subsidiarität und Individualität

Ein weiterer wichtiger Grundsatz ist die Subsidiarität. Je näher man an den Problemen ist, desto besser weiß man, welcher Lösungsansatz im konkreten Fall weiter hilft. Man braucht beispielsweise kein neues Elektrizitätswerk, wenn vor Ort nur die Lichtschalter kaputt sind. Zentrale Planwirtschaft ist schon immer schief gegangen. Wir müssen vielmehr auf die Kompetenz der Behörden und Menschen vor Ort setzen. Sie sind Ideengeber und ausführende Kraft zugleich. Im ländlichen Raum verwirklicht sich in besonderem Maße, was der Filmproduzent Walt Disney einmal gesagt hat. Du kannst den allerschönsten Ort der Welt planen, erstellen und bauen – aber man benötigt Menschen, um den Traum wahr werden zu lassen. Ohne den Einsatz und das Engagement der Akteure vor Ort geht es daher nicht.

Politik ländlicher Entwicklung muss daneben regionale Besonderheiten vor Ort berücksichtigen. Jedem leuchtet ein, dass Maßnahmen zum wirksamen Küstenschutz in Bayern fehl am Platz sind. Genauso gibt es aber neben den geographischen Besonderheiten unterschiedliche Standortfaktoren für die strukturelle Entwicklung. Darin zeigt sich gerade die Einzigartigkeit unserer Regionen aus. Dies bedeutet aber auch, dass man ländlichen Gebieten kein uniformes Konzept überstülpen kann.

Unsere Maxime lautet daher:

- Gleichwertigkeit von Stadt und Land,
- mehr Subsidiarität und
- dezentrale, passgenaue Lösungen für jede Region, die die Autonomie ländlicher Räume stärken.

Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Ernährungswirtschaft steigern

Eine gesunde, leistungsfähige Landwirtschaft ist eine der Kernstützen für ländliche Räume. Als erstes Glied in der Wertschöpfungskette für hochwertige und sichere Lebensmittel liefert die Landwirtschaft zudem die Rohstoffe für die weitere Veredelung. Um hier Schritt halten zu können mit der globalen Entwicklung, muss sie vor allem eines sein: wettbewerbsfähig. Die Land- und Ernährungswirtschaft kann zum Erfolg der Lissabon-Strategie beitragen, Europa bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten, dynamischsten wissenschaftsgetriebenen Wirtschaftsraum zu machen.

Die Politik von Regulierung und direkter Marktbeeinflussung in der Landwirtschaft weicht zunehmend der Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit hin zu einer Landwirtschaftspolitik, die ohne Milchseen und Butterberge, Stützungskäufe und zentraler Lagerhaltung auskommt. Hier befinden wir uns seit 2003 in einem Prozess. In diesem Jahr stehen die getroffenen Maßnahmen auf dem Prüfstand. Mit Korrekturen wollen wir den Kurs halten hin zu weniger Bürokratie und mehr Markt. Das kommt im Ergebnis den ländlichen Räumen zu Gute, verbleiben dort Wertschöpfung, Know-how und Arbeitsplätze. Mit intelligenten Lösungswegen, lässt sich für die Landwirtschaft mehr Wettbewerbsfähigkeit erreichen und lassen sich ländliche Räume insgesamt nach Vorne bringen. Was die Landwirtschaft braucht, ist ein integrierter Ansatz und kein sektoraler. Mit der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes haben wir das umgesetzt. Das gilt auch für das Modellvorhaben „Regionen Aktiv“, das hierarchische Lenkung, marktwirtschaftlichen Anreiz und verhandlungsbezogene Regelungen miteinander verbindet. So können Regionen den Schritt vom eher passiven Fördermittelpfänger zum aktiven und dynamischen Gestalter der eigenen Entwicklung vollziehen.

Moderne Arbeitsplätze als Lebensader ländlicher Räume

Die Land- und Forstwirtschaft spielt auch bei der Schaffung attraktiver und dauerhafter Beschäftigungsmöglichkeiten in ländlichen Räumen eine

herausragende Rolle, dieses Fazit kann man aus unserer Fachkonferenz in Münster ziehen. Zur Rückkehrergewinnung bedarf es attraktiver Arbeitsplätze. Die so genannte „Berlin-Studie“ hat Abwanderungsprämien ins Gespräch gebracht – das kann nicht die Lösung sein. Integrierte Entwicklungskonzepte schaffen neue Arbeitsplätze und müssen daher eine stärkere Rolle spielen. Zu den wachstums-trächtigsten Wirtschaftszweigen gehören auch öffentliche und private Dienstleister sowie Forschung und Entwicklung. Hier entstehen gerade für die junge Generation attraktive Arbeitsplätze.

Als Rückgrat der deutschen Wirtschaft hat der Mittelstand eine Schlüsselrolle bei Beschäftigungssicherung, Produktivität und Wertschöpfung. Viele Mittelständler haben sich in ihrem Spezialgebiet zu Weltmarktführern entwickelt. Attraktive Arbeitsplätze in ländlichen Gegenden bieten aber auch das Handwerk und die Landwirtschaft. Freizeit- und Gesundheitstourismus von Ferien auf dem Bauernhof bis hin zu Wellness und Erholung in hochwertigen Einrichtungen eröffnen Perspektiven für Arbeitsplätze, die es früher so nicht gab. Allein örtliche Nähe macht Arbeitsplätze attraktiv. Die Arbeit muss zu den Menschen, nicht die Menschen zur Arbeit. Die Gleichung ist einfach: weniger Entfernung zur Arbeit = mehr Zeit für Familie, Fortbildung und Freizeit.

Ländliche Regionen als Energielieferant und Technologietreiber

Ländliche Räume bieten nicht nur moderne Arbeitsplätze, sie tragen auch aktiv zum Klimaschutz und zur Energiesicherheit bei. Im Zusammenhang mit unserer Energieabhängigkeit vom Ausland, schwindenden Energiereserven und spürbaren Auswirkungen des Klimawandels ist die Suche nach nachhaltigen Energieträgern der Zukunft bestimmend für das 21. Jahrhundert.

Die Zukunft wächst auch hier in ländlichen Räumen. Energie aus Biomasse macht heute bereits einen Anteil von 68 Prozent der erneuerbaren Energien aus. Landwirte werden mit nachwachsenden Rohstoffen zu Multitalenten und der gesamte ländliche Raum zu Technologietreibern. Der Bereich der nachwachsenden Rohstoffe wird in Zukunft zunehmend an Bedeutung gewinnen. Auch Wissenschaft und Forschung werden in nächster Zeit gefragt sein. Wir haben deshalb in Deutschland hierfür ein eigenständiges Förderprogramm mit 50 Millionen Euro pro Jahr ins Leben gerufen. Daneben verspreche ich mir durch stärkere internationale Vernetzung

weitere wichtige Impulse. Die neue Branche der Bioenergie bietet nicht zuletzt auch interessante unternehmerische Möglichkeiten für junge Menschen auf dem Lande.

Zeitgemäße, moderne Technik, Infrastruktur und Daseinsvorsorge

Neben der Erhaltung und Schaffung attraktiver Arbeitsplätze im ländlichen Raum ist die Aufrechterhaltung und Fortentwicklung sozialer und technischer Infrastruktur in ländlichen Räumen die zweite große Herausforderung. Dieser Frage widmete sich die zweite Konferenz in Magdeburg.

Das Programm des Bundes zur flächendeckenden Breitbandversorgung entpuppt sich als ein Renner. Wir werden in den nächsten drei Jahren zwei Drittel der Lücken auf diesem Feld geschlossen haben durch unser Förderprogramm, gemeinsam mit den Ländern.

Die bei der Erzeugung von Strom aus nachwachsenden Rohstoffen anfallende Wärme kann vom kommenden Jahr an mit GAK-Mitteln von der Biogasanlage bis zum Ort des Verbrauchs (zum Beispiel Schwimmhalle, Wohngebiet) transportiert werden. Investitionen durch Gemeinden und Privatpersonen können bezuschusst werden. So können wir die Energieeffizienz und Wirtschaftlichkeit insbesondere von Biogasanlagen deutlich verbessern.

Überleitung zu den weichen Faktoren

Die Zukunft des ländlichen Raumes kann man mit Geld alleine nicht kaufen. Der wesentliche Faktor ist und bleibt der Mensch, denn Lebensqualität entsteht durch die Menschen.

Im ländlichen Raum steckt Lebensqualität:

- Hier halten die Menschen zusammen!
- Hier engagieren sie sich ehrenamtlich!
- Hier liegt die Freizeit vor der Türe!

Neben den harten wirtschaftlichen Faktoren gilt es daher, die so genannten weichen Faktoren gleichwertig zu unterstützen und zu fördern. Ich denke dabei an die Entwicklung der Gesellschaft, an Familienfreundlichkeit, Seniorenarbeit, soziale Sicherung, Bildungsarbeit, an Ehrenamt und aktive Bürgergesellschaft.

Bildung, Wissenschaft und Forschung

Unsere ländlichen Räume bauen vornehmlich auf dem Wissen und den Kompetenzen ihrer Bewohner auf. Bildung ist der Schlüssel zur gelebten Demokratie – sie befähigt den Menschen, sich persönlich zu entwickeln und für die Gesellschaft zu engagieren.



Deswegen muss Bildung die entscheidende Zukunftsinvestition bleiben. Schon Benjamin Franklin wusste „Investition in Bildung zahlt die besten Zinsen“. Darum ist es wichtig, durch regionalspezifische Lösungen ein flächendeckendes Bildungsangebot für alle Schularten sicher zu stellen. Vom ABC-Schützen bis zum Seniorenstudent – alle Menschen im ländlichen Raum sollen die Chance zur persönlichen, ihrer Begabung entsprechenden gesellschaftlichen und beruflichen Entwicklung haben.

Familienfreundlichkeit als Standortvorteil

Die Familie ist der Ort, an dem Werte wie Verantwortung, Mitgefühl, Vertrauen, Verlässlichkeit und Nächstenliebe begründet, gefördert, gefordert und weitergegeben werden. Unser Land braucht Familie – unsere ländlichen Räume brauchen Familien! Familienfreundlichkeit ist bereits heute der Standortvorteil für Gemeinden. Denn ein familienfreundliches Klima steigert Kaufkraft, Steueraufkommen und wirtschaftliches Wachstum. Und familienfreundliche Kommunen verzeichnen nachweislich mehr Zuzüge als Wegzüge. Bedarfsgerechte Kinderbetreuungsangebote, Spielplätze, familiengerechte Wohnungen und Verkehrswege, familienfreundliche Arbeitsbedingungen, intakte Vereinslandschaft und Familienprogramme sind Rahmenbedingungen, mit denen die Lebensqualität für Familien erhöht und die Herausforderungen des Demografischen Wandels gemeistert werden können. Familienfreundlichkeit hat auf dem Land Raum!

Soziale Daseinsvorsorge und Gesundheitsversorgung

Die soziale Daseinsvorsorge für alte und behinderte Menschen ist mir ein persönliches Anliegen. Wie heißt es so schön? „Einen alten Baum verpflanzt man nicht.“ Gerade ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen wollen so lange wie möglich bei der eigenen Familie bzw. in ihren eigenen vier Wänden leben. Im ländlichen Raum bedarf es daher dringend eines weiteren Ausbaus der ambulanten Versorgung.

Insbesondere in Hinblick auf unsere zunehmend älter werdende Gesellschaft ist eine alten- und behindertengerechte Infrastruktur auch ein Standortvorteil für Gemeinden. Dadurch entstehen Arbeitsplätze und neue regionale Dienstleistungsmärkte. Wir brauchen eine wohnortnahe Infrastruktur in der Alten- und Behindertenhilfe.

Das gilt genauso für den Bereich der medizinischen Versorgung. Wir müssen auch in Zukunft eine be-

darfsgerechte, leistungsfähige und flächendeckende Krankenhausversorgung und ambulante ärztliche Versorgung sicherstellen. Hier ist ein Mittel zum Zweck der weitere Ausbau von Portalkliniken.

Stärkung des sozialen Zusammenhalts

Meine Damen und Herren, die ehrenamtliche Tätigkeit und eine aktive Bürgergesellschaft sind der Zukunftsschlüssel der ländlichen Räume. Gerade hier kann der zunehmenden Anonymisierung und Individualisierung der Gesellschaft ein Miteinander entgegengesetzt werden. Es ist die starke ländliche Bürgergesellschaft, die im sozialen, kulturellen, ökologischen und sportlichen Bereich gemeinnützige Aufgaben übernimmt.

Hilfe zur Selbsthilfe: Indem wir bürgerschaftliches Engagement fördern und die aktive Bürgergesellschaft stärken, helfen wir den engagierten Menschen in den ländlichen Räumen, sich selbst ein lebenswertes Umfeld zu schaffen. Gerade hier bedarf es einer engen Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Gemeinden. Beim Bürgerengagement könnten die ländlichen Räume sogar Pioniere für die Gesellschaft von morgen, für die aktive Bürgergesellschaft sein.

Fazit: Die Zukunft ländlicher Räume kann nur auf zwei Beinen sicher stehen:

1. solide und kontinuierliche wirtschaftliche und technologische Entwicklung sowie
2. starker regionaler und sozialer Zusammenhalt.

Die Regionalkonferenz in Cham hat sich mit den Fragen neuer Ansätze ländlicher Entwicklung intensiv auseinander gesetzt. Ergebnis: Ohne qualifizierte und engagierte Menschen geht es nicht! Die Akteure müssen zusammenarbeiten, gemeinsame Ziele für ihre Region entwickeln und diese systematisch, strategisch umsetzen.

Ländliche Räume sind Chefsache

Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz versteht sich als Anwalt ländlicher Räume. Dementsprechend setze ich mich dafür ein, dass stärker als bisher ressortübergreifend bei der Entwicklung ländlicher Räume zusammengearbeitet wird. Wir brauchen keinen Tunnelblick, der sich nur auf die eigene Zuständigkeit beschränkt, sondern einen breiten ressortübergreifenden Ansatz. Sonst bewegt sich überall ein bisschen was, die ländlichen Räume kommen aber insgesamt nicht vom Fleck. Der Blick über den Tellerrand der eigenen Zuständigkeiten hinaus muss bei einem so komplexen Thema selbstverständlich sein.



Ich bin daher in einem engen Dialog mit meinen übrigen Kabinettskolleginnen und -kollegen. Wir sind uns einig, dass wir diesen Dialog in Zukunft noch verstärken möchten. Bei den ländlichen Räumen kehrt sich also das Sprichwort: „Viele Köche verderben den Brei“ in sein Gegenteil um. Je mehr mitmachen, desto besser. Allerdings muss auch hier jemand Verantwortung tragen, dass das Rezept eingehalten wird.

So brauchen wir auch bei unserem Konzept zur Entwicklung ländlicher Räume jemanden, der bereit ist, die Verantwortung für ländliche Räume zu

übernehmen und für ihre Interessen auf der jeweils geforderten Ebene, auch international, einzutreten. Ich bin für die Aufgabe dieses Anwaltes der ländlichen Räume bereit. Das BMELV sieht sich daher in der Pflicht, auf der jeweils geforderten Ebene sein Gewicht in die Waagschale zu werfen, damit die Interessen ländlicher Räume angemessen berücksichtigt werden.

Die Etablierung des „Zukunftsforum Ländliche Räume“ auf der Grünen Woche setzt hier erste Maßstäbe.

II. Regierungsfractionen bekennen sich zu ländlichen Räumen

1. Nationale Strategie zur Förderung und Entwicklung ländlicher Räume unter Einbindung der kommunalen Spitzenverbände

Die Regierungsfractionen haben den Antrag „Unsere Verantwortung für die ländlichen Räume“ in den Bundestag eingebracht. Sie fordern die Bundesregierung auf, eine nationale Strategie zur Förderung und Entwicklung ländlicher Räume unter Einbindung der kommunalen Spitzenverbände zu erarbeiten. Die Daseinsvorsorge, der Erhalt kommunaler Handlungsfreiheit, verbesserte Bedingungen für die mittelständische Wirtschaft und die Nutzung des Innovationspotenzials der Agrarwirtschaft sowie die Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz sind Gegenstand des Antrags.

Die Bundestagsfractionen von CDU/CSU und SPD haben mit der Drucksache 16/5956 einen Antrag in den Bundestag eingebracht, der sich umfassend mit der Verantwortung der Politik für die ländlichen Räume befasst. Mit dem Antrag „Unsere Verantwortung für die ländlichen Räume“ machen sich die Bundestagsfractionen die Position des Deutschen Städte- und Gemeindebundes zu ländlichen Räumen zu Eigen.

Mit dem Antrag wird erstmals in der nötigen Deutlichkeit die Notwendigkeit einer breit aufgestellten wirtschaftlichen Entwicklung ländlicher Räume, ohne die Agrarwirtschaft zu vernachlässigen, festgestellt. Darüber hinaus wird ausdrücklich

auf die unverzichtbare Rolle der Städte, Gemeinden und Landkreise bei der Bewältigung der Herausforderungen ländlicher Entwicklung und des demographischen Wandels eingegangen. In dem Antrag stellen die Regierungsfractionen auch fest, dass die Kommunalfinanzen der Schlüssel für eigenständiges und ortsspezifisches Handeln sind.

Kernpunkte der politischen Forderungen

Mit dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, eine Reihe von Verbesserungen für die Entwicklung ländlicher Räume auf den Weg zu bringen, die der Deutsche Städte- und Gemeindebund im vergangenen Jahr über verschiedene Ebenen an das BMELV, das BMWi, die Bundestagsabgeordneten und über Bund-Länder-Gremien an die Länder gerichtet hat. Hervorzuheben sind:

Die Bundesregierung soll die politische Koordination hinsichtlich der Erarbeitung einer nationalen Strategie zur Förderung und Entwicklung ländlicher Räume sicherstellen.

Die kommunalen Spitzenverbände sollen bei der integrierten, bereichsübergreifenden Konzeption zur Entwicklung ländlicher Räume einbezogen werden; insbesondere gehören hierzu die Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“ sowie der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“.

Die finanzielle Situation ländlicher Kommunen und ihrer besonderen Aufgaben für die Infrastruktur und die Umweltpolitik müssen gesondert berücksichtigt werden.

Bei der ländlichen Entwicklung muss die öffentliche Daseinsvorsorge sichergestellt bleiben. Der Bund soll die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Sicherstellung der flächendeckenden Versorgung mit öffentlicher Infrastruktur sicherstellen. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf Verkehrsinfrastruktur, Banken und Telekommunikationsdienstleistungen sowie die Gesundheitsversorgung. Dabei sollen die regionalen Besonderheiten ländlicher Räume Berücksichtigung finden.

Der Bund wird gebeten, auf die Länder einzuwirken, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den ländlichen Räumen ebenso zu gewährleisten wie in den städtischen Ballungszentren.

In dem Antrag werden die Belange und Bedarfe der mittelständischen Wirtschaft, des Handwerks und des Tourismus gleichwertig mit den Belangen des Fischerei- und Agrarsektors behandelt.

Die erfolgreichen Bestandteile und Erkenntnisse des Programms „Regionen aktiv (zu denen auch die regionale Verantwortung für die Mittelverwendung gehören) sollen in die bestehenden Förderprogramme integriert und damit auf ganz Deutschland ausgeweitet werden.

2. Antrag an den Deutschen Bundestag: Unsere Verantwortung für die Ländlichen Räume!

Deutscher Bundestag
Drucksache 16/5956 16. Wahlperiode, 4. 7. 2007

Antrag

der Abgeordneten Peter Bleser, Wolfgang Zöller, Klaus Hofbauer, Dr. Georg Nüßlein, Josef Göppel, Alexander Dobrindt, Stefan Müller (Erlangen), Marlene Mortler, Dr. Max Lehmer, Maria Eichhorn, Dr. Andreas Scheuer, Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof), Ursula Heinen, Gitta Connemann, Ingrid Fischbach, Ralf Göbel, Julia Klöckner, Uda Carmen Freia Heller, Ernst Hinsken, Franz-Josef Holzenkamp, Dr. Peter Jahr, Dr. Hans-Heinrich Jordan, Johannes Röring, Kurt Segner, Jochen Borchert, Hubert Deittert, Susanne Jaffke, Hartmut Koschyk, Sibylle Pfeiffer, Norbert Schindler, Georg Schirmbeck, Bernhard Schulte-Drüggelte, Volkmar Uwe Vogel, Peter Götz, Klaus Brähmig, Dr. Norbert Röttgen, Albert Rupprecht (Weiden), Anita Schäfer (Saalstadt), Thomas Strobl (Heilbronn), Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Gerhard Botz, Waltraud Wolff (Wolmirstedt),

Ingrid Arndt-Brauer, Sabine Bätzing, Volker Blumentritt, Bernhard Brinkmann (Hildesheim), Elvira Drobinski-Weiß, Gabriele Groneberg, Bettina Hagedorn, Gustav Herzog, Petra Heß, Gabriele Hiller-Ohm, Lothar Ibrügger, Ulrich Kelber, Ernst Kranz, Helga Kühn-Mengel, Ute Kumpf, Lothar Mark, Marko Mühlstein, Holger Ortel, Dr. Wilhelm Priesmeier, Mechthild Rawert, Bernd Scheelen, Marianne Schieder, Olaf Scholz, Jörg Vogelsänger, Dr. Marlies Volkmer, Lydia Westrich, Manfred Zöllmer, Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD

Unsere Verantwortung für die ländlichen Räume

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Den ländlichen Räumen kommt in Deutschland eine immense Bedeutung als Lebens-, Wirtschafts- und Naturraum zu. Ungefähr 65 Prozent der Deutschen leben außerhalb von Großstädten. Mehr als 75 Prozent aller Gemeinden in Deutschland haben weniger als 5 000 Einwohner. Von 3,5 Millionen Wirtschaftsbetrieben befindet sich der überwiegende Teil in Gemeinden und Mittelstädten in der Fläche. Der überwiegende Teil der 40 000 Schulen, der rund 2 200 Krankenhäuser und der über 5 500 Bahnhöfe befindet sich ebenfalls dort. Trotzdem treten immer wieder die Städte mit ihren Problemen und Entwicklungen in den Vordergrund. Trotz medialer Dominanz der Metropolen spielt sich ein Großteil des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens in den ländlichen Räumen ab.

Ländliche Räume können gemäß der großräumigen Raum- und Siedlungsstruktur in drei Raumkategorien unterteilt werden:

1. Regionen im Einflussbereich der Ballungsgebiete,
2. Regionen mit leistungsfähiger zentralörtlicher Struktur und
3. strukturschwache Regionen

Abgelegenheit, niedrige Bevölkerungsdichte und geringe Durchschnittseinkommen können ebenso typische Merkmale des ländlichen Raums sein wie zentrennahe Lage, attraktive Wohnstandorte, neue Wirtschafts-Netzwerke und Fremdenverkehrsgebiete. Der ländliche Raum ist somit keinesfalls eine homogene Raumkategorie.

Die Globalisierung, der soziale, wirtschaftlich-technologische und der ökologische Wandel der vergangenen Jahre haben in den ländlichen Räumen eine Vielzahl von Problemen und unterschiedlichen Entwicklungen hervorgerufen. Beispielsweise



stehen gesellschaftlich und wirtschaftlich prosperierende ländliche Regionen vor allem im Umfeld der Ballungsräume Regionen mit Funktionsverlust und sozialer Erosion durch Abwanderung gegenüber.

Auch wenn die Wirtschaftsstruktur der ländlichen Räume schon lange nicht mehr von Land- und Forstwirtschaft sowie Wein- und Gartenbau dominiert wird, so ist ihr Bild trotzdem immer noch stark davon geprägt. Seit Jahrtausenden wird die Landschaft von Menschen kultiviert und bewirtschaftet. Die so gewachsene Natur- und Kulturlandschaft wird auch künftig von den Land- und Forstwirten, Wein- und Gartenbauern genutzt und gepflegt. Das so genannte Agribusiness in Deutschland steht für über vier Millionen Arbeitsplätze. Und hierbei sind dies gerade Arbeitsplätze im ländlichen Raum mit enger Verbindung von Lebens- und Arbeitsumfeld der dort Tätigen: Jeder neunte Arbeitsplatz in Deutschland geht auf das Agribusiness zurück, der entsprechende Produktionswert liegt mit rund 550 Milliarden Euro jährlich bei gut 15 Prozent des Produktionswertes der deutschen Wirtschaft.

Im Spannungsfeld zwischen hohen Ernährungs- und Qualitäts- sowie Umwelanforderungen einerseits und ökonomischen Anforderungen bei der Produktion und zunehmend härterem internationalem Wettbewerb andererseits wird es für viele land- und forstwirtschaftliche Betriebe allerdings fortlaufend schwieriger, sich im Markt zu behaupten. Eine wichtige Einkommensquelle für die Landwirtschaft wird in zunehmendem Maße die Produktion nachwachsender Rohstoffe für die stoffliche und energetische Verwendung sein. Hierdurch wird die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen Landwirtschaft mittel- und langfristig verbessert und ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet.

Die Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft tragen als wichtiger Flächennutzer in den ländlichen Räumen die Hauptverantwortung für den Erhalt der Kulturlandschaft und der biologischen Vielfalt. Nachhaltige Formen der Landwirtschaft sind für den Schutz von Natur und Umwelt daher von großer Bedeutung. Der Schutz der biologischen Vielfalt und der landschaftlichen Strukturvielfalt im Agrarraum und im Wald stellt dabei nicht nur an sich ein erstrebenswertes Ziel dar, sondern trägt auch wesentlich zur Attraktivität ländlicher Regionen als Erholungs- und Wohnräume und damit zur Entwicklung ländlicher Regionen bei. Naturschutz und Landwirtschaft können gemeinsam dazu beitragen, das Naturkapital der ländlichen Räume zu erhalten und zu mehren.

Besonders problematisch ist die Situation oftmals in dünn besiedelten, ökonomisch schwachen Regionen. Dort kumulieren vielfach die strukturellen Problemlagen: Die Bevölkerungsdichte ist sehr niedrig, die Versorgung mit technischer und sozialer Infrastruktur ist vielfach unzureichend und das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln ist eingeschränkt. Zu wenige Betriebe in der gewerblichen Fertigung und im Dienstleistungssektor bieten eine Beschäftigung, die Investitionstätigkeit bewegt sich auf niedrigem Niveau und die Bildungs- und Gesundheitsversorgung sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind vielfach nicht ausreichend gewährleistet. Aus den vorhandenen Strukturproblemen resultieren vielerorts anhaltende Bevölkerungsverluste vor allem der jungen, qualifizierten Bevölkerung.

Die anhaltende Abwanderung wirkt sich wiederum negativ auf das soziale und wirtschaftliche Leben vor Ort aus. Außerdem trägt sie zur Verschlechterung der Einnahmesituation der kommunalen Haushalte bei. Die Einrichtungen der sozialen Infrastruktur und der öffentlichen Daseinsvorsorge werden erheblich beeinträchtigt. Zusätzlich zu den Bevölkerungsverlusten beobachtbare geringe Geburtenzahlen gefährden mittel- bis langfristig den Fortbestand dieser Räume als funktionsfähige Siedlungsräume.

Die Kommunalfinanzen sind der Schlüssel für eigenständiges und ortsspezifisches Handeln. Städte, Landkreise und Gemeinden müssen in die Lage versetzt werden, den Herausforderungen des demografischen Wandels mit flexiblen und auf die jeweilige Kommune zugeschnittenen Konzepten zu begegnen. Nur leistungsstarke Kommunen können den Strukturwandel vor Ort aktiv mitgestalten und tragfähige Lösungen für die vielschichtigen und lokal sehr unterschiedlichen Probleme entwickeln. Informations- und Kommunikationstechnologien gehören heute zu den wesentlichen Faktoren für wirtschaftliches Wachstum. Das Internet ist dabei eines der wichtigsten Elemente, da es die Möglichkeit bietet, Informationen mit hoher Geschwindigkeit und über verschiedene Plattformen zu übermitteln, und so Ausgangspunkt der Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen ist.

Die technischen Voraussetzungen ermöglichen neue sowie den Ausbau bestehender Anwendungen und erhöhen die Produktivität etablierter Prozesse, wie administrativen und gewerblichen Geschäftsverkehr, der zunehmend elektronisch erfolgt. Ein

Hochgeschwindigkeits-Internetzugang über Breitbandverbindungen ist deshalb gerade auch im ländlichen Raum von erheblicher Bedeutung.

Das Ehrenamt und das bürgerschaftliche Engagement sind im ländlichen Raum tragende Säulen des gesellschaftlichen Engagements und grundlegende Elemente des gemeinschaftlichen Zusammenhalts. Sie haben nur Zukunft, wenn die wirtschaftlichen und bevölkerungsstrukturellen Veränderungen in diesen Regionen so gestaltet und begleitet werden, dass der innere Zusammenhalt der ländlichen Räume nicht verloren geht.

Mit einer kreativen, zukunftsorientierten Seniorenpolitik müssen die „Potenziale des Alters“ im ländlichen Raum als Chance genutzt werden. Hierzu gehört eine frühzeitige Vorsorge für eine nachhaltige Entwicklung. Dort, wo die Leistungskraft der öffentlichen Hand einer Gemeinde nicht ausreicht, um die breite Palette an Handlungsmöglichkeiten wirkungsvoll umzusetzen bzw. anzuregen (durch aktive Mitgestaltung und Zusammenwirken von Akteuren aus den öffentlichen, privatwirtschaftlichen, gesellschaftlichen Bereichen), ist eine intensive, interkommunale, regionale Kooperation zu fördern. So kann durch Bündelung von Know-how und Potenzialen in der Region eine hohe Angebotsdichte, -vielfalt und -qualität gewährleistet werden.

Leben, Arbeiten und Wohnen in Deutschland muss sich an den Bedürfnissen der ländlichen Räume ebenso ausrichten wie an den Bedürfnissen der Metropolen und Städte.

In ländlichen Räumen ergeben sich vielfach neue Wertschöpfungspotenziale, die es zu entwickeln und zu nutzen gilt. Weiterhin liegt das Potenzial der ländlichen Räume in der Lebensqualität, in der sozialen, die Kultur, die Gesundheit und die Umweltbedingungen vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen. Verdichtungsräume und ländliche Räume bedingen einander und profitieren voneinander.

Ländliche Räume bilden einen wichtigen Erholungsraum für die Bevölkerung. Der ländliche Tourismus stellt zugleich einen wichtigen Wirtschaftsfaktor für strukturschwache, aber landschaftlich interessante Regionen dar. Vielfältige Tourismusformen, insbesondere Wandern, Radfahren, Reiten, Wasserwandern, sowie der Bereich des Gesundheitstourismus und Kulturangebote im ländlichen Raum bieten dafür große Potenziale.

Die Ziele der Lissabon-Strategie können nur erreicht werden, wenn die ländlichen Räume mitwachsen und

über freiwillige Zusammenschlüsse funktionsfähige Gebietseinheiten geschaffen werden. Jede Kommune hat andere Qualitäten und Schwerpunktsetzungen, woraus sich das Erfordernis nach Arbeitsteilung und interkommunaler Zusammenarbeit ergibt. Zudem müssen vor dem Hintergrund des zusammenwachsenden Europas und der EU-Erweiterung die Rahmenbedingungen für Kooperationen von Kommunen über Länder- und Staatsgrenzen hinaus verbessert werden.

Die Stärkung der Wirtschaftskraft und die Attraktivität unseres Landes ergeben sich nur aus der gleichberechtigten und gleichwertigen Entwicklung von städtischen Ballungsgebieten und ländlichen Räumen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. gemeinsam mit den Bundesländern einen sektor- und ressortübergreifenden Politikansatz zu wählen, der der breit gefächerten Problematik der ländlichen Räume gerecht wird. Wir erwarten von der Bundesregierung, die politische Koordinierung hinsichtlich der Erarbeitung einer nationalen Strategie zur Förderung und Entwicklung der ländlichen Räume sicherzustellen;
2. gemeinsam mit den Ländern und kommunalen Spitzenverbänden zu klären, inwieweit integrierte, bereichsübergreifende Konzepte zur Entwicklung der ländlichen Räume verstärkt angewandt und gefördert werden können. Hierzu gehören auch die Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“ sowie die Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“;
3. einen noch effizienteren und nachhaltigeren Einsatz der im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und der europäischen Strukturfondsinterventionen eingesetzten Mittel für die ländlichen Räume anzustreben. Gleichzeitig sollten die vorliegenden ELER- und Strukturfondsprogramme für die EU-Förderperiode 2007 bis 2013 bei der Vorbereitung der Arbeiten für den „Health-Check“ der GAP mit einbezogen werden, da sie in einem engen Zusammenhang zur Entwicklung der ländlichen Räume stehen;
4. sich auch zukünftig im Rahmen der Weiterentwicklung der bewährten EU-Förderpolitiken für die Stärkung der ländlichen Räume einzusetzen;

5. die finanzielle Situation der ländlichen Kommunen und ihre besonderen Aufgaben für die Infrastruktur und Umweltpolitik gesondert zu berücksichtigen;
6. sich auf europäischer Ebene für den Erhalt kommunaler Handlungsfreiheiten bei der Erbringung der wesentlichen Leistungen im Rahmen der Daseinsvorsorge einzusetzen;
7. die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Sicherstellung einer notwendigen, flächendeckenden Versorgung mit öffentlicher Infrastruktur (soweit der Bund zuständig ist) – vor allem der öffentlichen Daseinsvorsorge – von städtischen und ländlichen Räumen unter Berücksichtigung regionaler Besonderheiten zu überprüfen und gegebenenfalls regelmäßig anzupassen sowie die öffentliche Infrastruktur zur Vernetzung von städtischen und ländlichen Räumen gleichberechtigt einzuführen und zu entwickeln, insbesondere im Hinblick auf die Verkehrsinfrastruktur, die Versorgung mit Banken- und Telekommunikationsdienstleistungen (unter anderem DSL und WiMAX) sowie die Gesundheitsversorgung;
8. durch zügige Umsetzung der Maßnahmen des Bundesverkehrswegeplanes für eine bessere verkehrliche Erschließung des ländlichen Raums zu sorgen. Dabei sind die Möglichkeiten des Planungsbeschleunigungsgesetzes konsequent zu nutzen;
9. die Kulturlandschaft ländlicher Räume durch gezielte Entlohnung für gesellschaftlich gewünschte ökologische Leistungen zu erhalten und zu stärken und sich dafür einzusetzen, das hierfür – unter anderem durch rechtzeitige Umschichtung im EU-Haushalt – hinreichend Mittel bereitgestellt werden können. Diese Honorierung kann in Anlehnung an die seit vielen Jahren erfolgreich durchgeführten Agrarumwelt- bzw. Vertragsnaturschutzmaßnahmen durchgeführt werden;
10. auf die Länder einzuwirken, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im ländlichen Raum ebenso wie in städtischen Ballungszentren zu gewährleisten und insbesondere in strukturschwachen ländlichen Regionen in enger Abstimmung mit den Kommunen ein zukunftsfähiges und leistungsfähiges Bildungssystem anzubieten und mit den kommunalen Angeboten der Senioren-, Familien-, Kinder- und Jugendhilfe zu vernetzen;
11. die Rahmenbedingungen für die mittelständische Wirtschaft, das Handwerk, den Tourismus, Fischereibetriebe sowie die Land- und Forstwirtschaft und Wein- und Gartenbau als wichtige Säulen des ländlichen Raums zu erhalten und nachhaltig zu stärken. Insbesondere sind Möglichkeiten erneuerbarer Energien und der nachwachsenden Rohstoffe aber auch durch die Stärkung der Forschung zu fördern;
12. den Tourismus als einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor und zur Arbeitsplatzsicherung in den ländlichen Regionen zu stärken, national und international intensiver für die touristischen Angebote zu werben und insbesondere nachhaltige und naturnahe Formen des Landurlaubs sowie den Urlaub auf dem Bauernhof als Nebenerwerbsmöglichkeit stärker zu fördern. Daneben sind durch den weiteren gezielten Ausbau der Infrastruktur besondere Formen des Tourismus, wie Rad- und Wandertourismus, sofern der Bund zuständig ist, zu fördern. Die verkehrlichen und touristischen Radwegenetze sind dabei zu verknüpfen;
13. das erfolgreiche LEADER-Konzept weiterhin zu verfolgen bzw. zu verstärken;
14. das Ehrenamt und das bürgerschaftliche Engagement als tragende Säulen und wesentliche Elemente des gemeinschaftlichen Zusammenhalts im ländlichen Raum zu unterstützen;
15. unter der Voraussetzung, dass Anträge für exzellente Vorhaben vorliegen und die entsprechenden Fördervoraussetzungen erfüllt sind, die Möglichkeiten der BMBF-Förderung, insbesondere das Programm zur Forschung an Fachhochschulen, die Forschungsprämie und das Programm „Unternehmen Region“ auch zur Stärkung der Innovationskraft der ländlichen Räume zu nutzen. Die erfolgreichen Bestandteile und Erkenntnisse des Programms „Regionen aktiv“ sollen in die bestehenden Förderprogramme integriert werden und sich dabei nicht nur auf einzelne Modellregionen beziehen, sondern auf ganz Deutschland ausgeweitet werden.

Berlin, den 4. Juli 2007

*Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und Fraktion
Dr. Peter Struck und Fraktion*



III. Für den Aufschwung der Regionen

Wachstum und Arbeitsplätze in der Fläche – Stärkung der Gemeinden und Mittelstädte unverzichtbar

Regionen geben Deutschland eine Perspektive

Deutschlands Wirtschafts- und Arbeitspotenziale liegen in der Fläche. Fast 70 Prozent der Deutschen leben außerhalb der Großstädte. Von den 3,5 Millionen Betrieben befindet sich der überwiegende Teil in Gemeinden und Mittelstädten in der Fläche. Auch das gesellschaftliche Leben spielt sich in den Regionen ab. Mehr als 75 Prozent aller Gemeinden haben weniger als 5 000 Einwohner. Der überwiegende Teil der 40 000 Schulen, der rund 2 200 Krankenhäuser und der mehr als 5 500 Bahnhöfe befinden sich in der Fläche. Auch Europa ist gemeindlich und mittelständisch geprägt. 60 Prozent der EU-Bevölkerung leben in Städten und Gemeinden unter 50 000 Einwohnern.

In der weltweit größten gesellschaftspolitischen Online-Umfrage „Perspektive Deutschland“ legen die Befragten ein überzeugendes Bekenntnis zur lokalen Gestaltbarkeit in ihren Regionen ab. Dies ist ein wichtiges und ermutigendes Signal für das ganze Land: Die Befragten sind sich einig, dass ihr Schicksal in ihren eigenen Händen liegt. Sie glauben, dass Zukunftschancen und Erfolg in ihrer Region durch eigenen Beitrag und Initiative der Entscheidungsträger vor Ort beeinflussbar sind. Eine besondere Rolle kommt dabei den Gemeinden und Städten zu.

Partnerschaft durch gleiche Augenhöhe von ländlichen Räumen und Metropolen

Wenn wir die Wachstumskräfte in Deutschland stärken und damit zugleich mehr Jobs schaffen wollen, müssen wir in der Fläche ansetzen. Die Infrastruktur in den Regionen muss erhalten und ausgebaut werden. Angesichts neuer Informations- und Kommunikationstechnologien nehmen zentrale Standorte an Bedeutung ab. Deutschland hat als Flächenland ausgezeichnete Wachstumspotenziale. Die sich insbesondere durch die Breitbandkommunikation ergebenden Chancen müssen besser genutzt werden, um zukunftssträchtige Arbeitsplätze auch in der Fläche zu schaffen. Die Politik konzentriert sich zu sehr auf Großstädte und Metropolen. Sie wird damit dem Lebensgefühl der Bürger, die zunehmend ihre Lebensperspektiven in überschaubaren Struk-

turen suchen, nicht gerecht. Seit Jahren verlieren die meisten Großstädte Einwohner.

Rückbau der Infrastruktur verspielt Wachstumschancen

Tatsache ist, dass die Regionen und ländlichen Räume teilweise in ihrer Ausstattung mit der für die Bürger und die Wirtschaft notwendigen Infrastruktur immer mehr ausbluten. Die für eine wirtschaftliche Ansiedlung erforderliche Infrastruktur speziell im Bereich der lokalen Schulen, der Post- und Bahnversorgung, der verkehrlichen ÖPNV-Erschließung, der Krankenhäuser und des Gesundheitswesens, bei den modernen Informationstechnologien sowie bei den Bildungseinrichtungen ist ständig zurückgegangen und die Unternehmen investieren nicht mehr. Ohne soziale und technische Infrastruktur ist Wachstum nicht möglich.

Die alternde Gesellschaft verlangt nach anderen Infrastrukturen

Der alternden Gesellschaft muss durch den Ausbau besonderer Infrastrukturen wie Gesundheitszentren bzw. Krankenhäuser, Begegnungsstätten und Senioren- und Pflegeeinrichtungen gerade in kleineren Städten und Gemeinden Rechnung getragen werden. Insbesondere ist eine ortsnahe Gesundheitsbetreuung notwendig. Der Rückgang der Hausärzte in den ländlichen Gebieten muss gestoppt werden. Dies könnte zum Beispiel durch ein Vergütungssystem geschehen, das den besonderen Aufwand von Landärzten berücksichtigt. Ärzten müsste es auch möglich sein, unbürokratisch weitere Ärzte als Angestellte zu beschäftigen, zum Beispiel auch in Teilzeit.

Der Anteil der älteren Menschen nimmt zu. Ihre Mobilität ist eingeschränkt. Der Einzelhandel konzentriert sich immer mehr auf weniger und größere Standorte. Waren des täglichen Bedarfs können vielfach nicht mehr vor Ort gekauft werden. Alte Menschen sind auf Alternativen wie Dorfläden und mobile Verkaufsstellen angewiesen. Sie tragen zur Selbstbestimmtheit bis ins hohe Alter bei.

Entwicklung der Infrastruktur in der Fläche muss Kernanliegen politischen Handelns werden

Die Zukunft Deutschlands und die notwendigen Reformen werden wir nur schaffen, wenn es gelingt, in der Fläche Arbeitsplätze zu schaffen und

den Menschen die dort gern Leben und Arbeiten, eine Perspektive zu geben. Die infrastrukturellen Rahmenbedingungen müssen so verändert werden, dass insbesondere Unternehmen aus den Zukunftsbranchen der IT-Technik, der Biotechnologie, neuer Werkstoffe u.s.w. in die Fläche gehen beziehungsweise dort investieren. Darüber hinaus sind Investitionen in die Bildung unabdingbar.

Gleichzeitig müssen durch massiven Abbau von überflüssiger Bürokratie kommunale Freiräume geschaffen werden. Die Kommunen kennen die Anforderungen der Wirtschaft und wissen, welche Vorgaben die wirtschaftliche Belebung behindern. Der Bundestag und die Bundesregierung müssen endlich die erforderlichen Freiräume schaffen. Notwendig sind Experimentregionen, in denen die Kommunen in Abstimmung mit den Einrichtungen der Wirtschaft auf ihnen überflüssig erscheinende Bürokratie verzichten dürfen (vorschriftenfreie Kommune). Vor Ort wissen wir besser, was überflüssig ist, als diejenigen, die auf der Bundesebene die Vorschriften geschaffen haben und sich nur schwer davon trennen können.

Finanzausstattung der kleineren Städte und Gemeinden zielgerecht ausgestalten

Auch die Finanzausstattung muss der Bedeutung der kleineren Städte und Gemeinden für die wirtschaftliche Dynamik in Deutschland Rechnung tragen. Manche Bundesländer sorgen im kommunalen Finanzausgleich noch immer dafür, dass einer Großstadt mehr Geld pro Einwohner zugewiesen wird als einer kleinen Gemeinde. Dafür gibt es keine Rechtfertigung! Im Gegenteil entstehen gerade in der Fläche wegen der geringeren Siedlungsdichte höhere Kosten etwa beim Schülertransport oder bei der Finanzierung der kommunalen Infrastruktur. Die Finanzausgleiche in den Ländern müssen daher zielgerecht stärker auf die kleineren Städte und Gemeinden ausgerichtet werden.

Entwicklungsprogramm ländlicher Raum erforderlich

Die Förderpolitik des Bundes (Beispiel: Städtebauförderung) ist vielfach großstadtbezogen. Insbesondere strukturschwache ländliche Regionen können sich daher mit ihren spezifischen Problemen nicht ohne weiteres in die existierende Förderpolitik einpassen. Die Förderpolitik muss organisatorisch und instrumentell modernisiert werden. Regionale Globalbudgets, Umstellung von verlorenen Zuschüssen auf

revolvierende Fonds und integrierte Entwicklung statt Sektorpolitik sind erforderlich.

Gleiches gilt für das Programm „Soziale Stadt“. Die damit verbundene Förderung des integrativen Ansatzes der Stadterneuerung muss auch die strukturschwachen Klein- und Mittelstädte mit einbeziehen. Auch die Fläche leidet unter städtebaulichen Problemen. Entvölkerung und Leerstand in den Ortskernen sind die Folgen.

Folgende sieben Maßnahmen sind notwendig:

1 Die Wirtschaftszweige des Handwerks, des Gewerbes, des Tourismus und der Dienstleistungen beinhalten gerade für die ländlichen Regionen ein sehr hohes und zukunftssträchtiges Innovationspotential, das zu fördern und zu entwickeln ist. Die Kenntnisse über die notwendigen Maßnahmen liegen in den Regionen. Sie müssen selbständig über regionale Entwicklungsbudgets verfügen können. Damit wird Eigeninitiative und Kreativität der Regionen gefördert. Die alleinige Geltung von Investitionsprogrammen der Länder schränkt die Entwicklungsmöglichkeiten der Regionen ein.

2 Die innovative Landwirtschaft muss verstärkt gefördert werden. Landwirtschaftliche Betriebe müssen noch stärker die Möglichkeit bekommen, sich unternehmerisch zu verhalten. Die Verarbeitung und Vermarktung der Produkte muss vermehrt über lokale und regionale Wirtschaftskreisläufe stattfinden. Dabei kommt insbesondere dem Innovationspotenzial der Nutzung nachwachsender Rohstoffe und regenerativer Energien, speziell der Biomassenutzung und der wirtschaftlichen Verwertung von Holz, eine hohe Bedeutung – auch für das örtliche Handwerk – zu.

3 Eine moderne Kommunikationsinfrastruktur, zu der auch eine breitbandige Internetverbindung zählt, ist auch für kleine Gemeinden und die dort angesiedelte Wirtschaft ein unabdingbarer Standortfaktor. Bund, Länder und die Anbieter von Infrastrukturleistungen müssen dazu beitragen, die bislang aus wirtschaftlichen oder technischen Gründen unterversorgten Gebiete in ländlichen Regionen an das Breitbandnetz anzuschließen oder mit neuen Techniken zu versorgen. Der ländliche Raum darf gegenüber den Ballungsräumen kommunikationstechnisch nicht abfallen, sondern muss Chancengleichheit genießen.

4 Das Netz der Gesundheitsvorsorge, der Krankenhäuser und der Hausärzte muss gestärkt werden. Um insbesondere jungen Ärzten beim Einstieg

in eine freiberufliche Tätigkeit auf dem Land die Aufnahme hoher Kredite zu ersparen und den Beginn der Niederlassung zu erleichtern können, Gesundheitszentren in öffentlicher, aber auch in ärztlicher Trägerschaft, einen wertvollen Beitrag leisten.

5 Die Sicherung der Mobilität für alle Bürger ist und bleibt eine ureigene Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Auch der Fläche muss es möglich sein, ohne Auto über den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) mobil zu sein. Die Stilllegung von Bahnverbindungen stellt daher eine eklatante Fehlentwicklung dar, die insbesondere die ältere Bevölkerungsschicht negativ trifft. Es ist daher unabdingbar, dass die zur Sicherung der Mobilität im öffentlichen Personennahverkehr notwendige finanzielle Absicherung durch Bundes- und Landesmittel gestärkt wird.

6 Unverzichtbar sind flächendeckende und ausreichende Postdienstleistungen. Der Abbau der Postfilialen muss gestoppt und stattdessen eine Erhöhung erreicht werden. Der Bund muss sicherstellen, dass der ländliche Raum von den Postdienstleistungen nicht abgeschnitten wird.

7 Die Kommunen müssen die Möglichkeit haben, die europäische Strukturpolitik stärker mitzugestalten. Sie brauchen mehr Einflussmöglichkeiten hinsichtlich der Verteilung von Fördermitteln und – Maßnahmen, da sie die Probleme ihrer Region am besten kennen und bewerten können. Ein großer Teil der EU-Mittel fließt heute in die Agrarförderung, während andere Entwicklungschancen vernachlässigt werden. Das muss geändert werden. Landwirtschaft und ländliche Räume haben nur gemeinsam Chancen. Die sektorale Agrarförderung muss stärker auf die Entwicklung der Fläche ausgerichtet werden. Für die Steigerung der Lebensqualität im ländlichen Raum, die Stärkung der Wirtschaft und für die Förderung der Diversifizierung der Landwirtschaft muss der Vorschlag der EU Kommission umgesetzt

werden, die Modulation um jährlich zwei Prozent anzuheben. Damit müssen der Erhalt der Kulturlandschaft und Betriebsansiedlungen durch den Ausbau entsprechender Infrastruktur gestärkt werden.

Beschluss des DStGB-Präsidiums vom Oktober 2007

25.10.2007 in Berlin

Politik für ländliche Räume

1. Das Präsidium bekräftigt seinen Beschluss vom Mai 2006, mit dem es die Öffnung der EU Agrarpolitik für eine eigenständige Förderung der ländlichen Entwicklung begrüßt und die Bundesregierung aufgefordert hat, ein deutliches Bekenntnis für die ländliche Entwicklung abzugeben.
2. Das Präsidium fordert die Bundesregierung auf, ein Querschnittskonzept für eine Politik ländlicher Räume zu erarbeiten und eine Koordinierungsstelle für ländliche Räume zu errichten. Bei der Ausgestaltung der Politik für ländliche Räume ist vom Grundsatz der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse auszugehen. Dazu gehört es, dass die Ballungszentren und der ländliche Raum als gleichberechtigte Partner anerkannt werden. Das beinhaltet auch die Notwendigkeit, in allen Teilräumen Deutschlands für eine angemessene Ausstattung mit Infrastruktur zu sorgen.
3. Die Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“ soll zu einer Gemeinschaftsaufgabe „Ländliche Räume“ weiter entwickelt werden.

IV Linksammlung zum ländlichen Raum

Folgende Links enthalten weitere Informationen zum ländlichen Raum auf Bundesebene.

Zukunftsforum Ländliche Entwicklung

www.bmelv.de/cln_045/nn_1180412/DE/08-LaendlicheRaeume/LaendlicheEntwicklung/Zukunftsforum2008/Zukunftsforum__node.html__nnn=true

Regionen aktiv

www.nova-institut.de/modellregionen/

Unser Dorf hat Zukunft

www.dorfwettbewerb.bund.de/

Europäische Union und ländliche Entwicklung

ec.europa.eu/agriculture/rurdev/index_de.htm

Politik für ländliche Räume – Konzeption zur

Weiterentwicklung der Politik für ländliche Räume

http://www.bmelv.de/cln_044/nn_751686/Shared-Docs/downloads/01-Broschueren/KonzeptionWeiterentwicklungLaendlicherRaeume.html__nnn=true



Bisher in dieser Reihe erschienen

Nº 75	Reformen fortsetzen – Deutschland braucht starke Städte und Gemeinden Bilanz 2007 und Ausblick 2008 der deutschen Städte und Gemeinden	1-2/2008
Nº 74	Interkommunale Kooperation im Tourismus	12/2007
Nº 73	5 Thesen kommunaler Tourismuspolitik Erfolgreiche Tourismuspolitik für Städte und Gemeinden (nur online verfügbar)	
Nº 72	Standortzufriedenheit und Abwanderungsbereitschaft von Unternehmen – Studiensteckbrief und Hauptergebnisse des GEWERBEMonitors	11/2007
Nº 71	Chance Solarenergie – Kommunale Handlungsmöglichkeiten für eine nachhaltige Entwicklung	10/2007
Nº 70	Privatisierung kommunaler Wohnungen Hintergründe, Risiken und Möglichkeiten	7-8/2007
Nº 69	Städte und Gemeinden aktiv für den Klimaschutz Gute Beispiele aus dem Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz“	6/2007
Nº 68	Starke Städte und Gemeinden gestalten Zukunft Bilanz 2006 und Ausblick 2007 der deutschen Städte und Gemeinden	3/2007
Nº 67	Handlungsempfehlung zur Optimierung der kommunalen Stadtreinigung – Ergebnisse aus dem BMBF-Forschungsverbund zur betrieblichen Kostenoptimierung	1-2/2007
Nº 66	DStGB-Sicherheitskonferenz in Berlin 2006 Bessere Koordination und Kommunikation (Nur Online-Version)	1-2/2007
Nº 65	Gemeinden und Unternehmen sagen Ja zu Kindern Standortfaktor Familie	11/2006
Nº 64	„Rakeling“ oder die Reform der öffentlichen Verwaltung in Deutschland durch Shared Services	11/2006
Nº 63	Konzessionsverträge und Konzessionsabgaben nach der Energierechtsreform 2005 – Hinweise für die kommunale Praxis	10/2006
Nº 62	Basistelefon	7-8/2006
Nº 61	Vergaberecht 2006 Aktuelle Neuerungen und kommunale Forderungen	5/2006
Nº 60	Sichere Städte und Gemeinden Unterstützungs- und Dienstleistungsangebote des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe für Kommunen	5/2006
Nº 59	Für ein starkes Deutschland – Arbeitsplätze und Wachstum in der Fläche – Stärkung der Gemeinden und Mittelstädte unverzichtbar (Nur Online-Version)	4/2006
Nº 58	Handlungsempfehlung zur Kostensenkung in der kommunalen Abfallentsorgung Ergebnisse aus dem BMBF-Forschungsverbund zur betrieblichen Kostenoptimierung	4/2006
Nº 57	Bildung im Wandel – Schulen ans Netz	4/2006
Nº 56	Breitbandanbindung von Kommunen Durch innovative Lösungen Versorgungslücken schließen Grundlagen – Beispiele – Ansprechpartner	1-2/2006
Nº 55	Intelligenter Energieeinsatz in Städten und Gemeinden Klimaschutz und Kostensenkung: Gute Beispiele aus dem Wettbewerb „Energiesparkommune“	1-2/2006
Nº 54	Mit starken Kommunen Aufschwung und Reformen Bilanz 2005 und Ausblick 2006 der deutschen Städte und Gemeinden	3/2006
Nº 53	Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit Bewertung des Koalitionsvertrages zwischen CDU, CSU und SPD aus kommunaler Sicht	12/2005
Nº 52	Mobile Kommunikation Anwendungsbeispiele für Kommunen, Bürger und Wirtschaft (Nur Online-Version)	12/2005
Nº 51	Interkommunale Zusammenarbeit – Praxisbeispiele, Rechtsformen und Anwendung des Vergaberechts	10/2005
Nº 50	Erfolgreiche Abstimmungsprozesse beim Aufbau der Mobilfunknetze Ergebnisse einer Befragung zur Zusammenarbeit von Kommunen und Netzbetreibern	9/2005



DStGB

Deutscher Städte-
und Gemeindebund

Marienstraße 6 · 12207 Berlin
Telefon 030.773 07.0 · Telefax 030.773 07.200
E-Mail dstgb@dstgb.de
www.dstgb.de

Verlag WINKLER & STENZEL GmbH
Postfach 1207 · 30928 Burgwedel
Telefon 05139.8999.0 · Telefax 05139.8999.50
E-Mail info@winkler-stenzel.de
www.winkler-stenzel.de